

Länder suchen Wege aus der Spitalsmisere

Die Medizin verändert sich, die Kosten im Spitalsbereich steigen und mit ihnen die Defizite; die Bundesländer suchen nun Reformkonzepte.

... Von Martin Rümmele



© Stefan Seelg/Ärztelobby für Wien

Gestiegene Personalkosten aufgrund der Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie, steigende Ausgaben durch neue Therapien und eine wachsende Inanspruchnahme aufgrund der demografischen Entwicklung führen in den Bundesländern zu steigenden Defiziten bei den Krankenhäusern. Diese müssen genauso wie etwa 50% der Gesamtkosten von den Ländern und Gemeinden getragen werden. Die Kranken-

kassen zahlen einen gedeckelten Fixbeitrag, gemessen an ihren Einnahmen – in Summe etwa ein Drittel der Kassenbudgets. Kommen die Krankenhäuser damit nicht aus, müssen die Träger die Defizite decken. Das reißt in den Ländern immer größere Löcher in Budgets. Die Suche nach Auswegen und Reformen gestaltet sich als schwierig. Kürzungen im Spitalsbereich oder gar die Schließung von Standorten kommen bei der Bevölkerung, aber auch den Beschäftigten im

System nicht gut an. Zwar sollen künftig Primärversorgungseinheiten mit längeren Öffnungszeiten im allgemeinmedizinischen Bereich Spitalsambulanzen entlasten, doch eigentlich sind diese gedacht, um die Versorgung im niedergelassenen Bereich zu verbessern. Dort fehlen zunehmend Ärzte, und der Nachwuchs will künftig weniger allein als vielmehr im Team arbeiten. Gleichzeitig fehlt nach wie vor ein *Gesamtvertrag* für die neuen Primärversorgungseinheiten.

Kurz: Die neuen Systeme werden vielerorts zum Wunderinstrument, von dem niemand eigentlich genau weiß, wie es aussieht.

Heftige Debatten

Sichtbar wurde das dieser Tage erneut in der Steiermark, wo die Bevölkerung im Bezirk Liezen Sturm läuft gegen die geplante Zusammenlegung der Krankenhäuser Bad Aussee, Schladming und Rottenmann an *einem* neuen Standort. Gleichzeitig soll es in den Städten aufgewertete Pri-